



Frohe Botschaft:

Evangelische Kirche Stuttgart beschließt:

Keine Vermietung mehr für Mobilfunkmasten!

Kirchliche Gebäude werden nicht mehr für Mobilfunksender vermietet! Diese frohe Botschaft erreichte uns vom Gemeinderat der Evangelischen Gesamtkirchengemeinde Stuttgart (EGKS). Wie kam es dazu? Vier Jahre zähe Kritik der Bürgerinitiative lösten einen Diskussionsprozess aus: Auf Vermittlung der Ev. Akademie Bad Boll trafen sich Dekan Ehrlich, Kirchenpfleger Beck und Pfarrer Finkbeiner (Paulusgemeinde) dreimal mit der Bürgerinitiative. Ergebnis: Ein gemeinsames Kommuniqué (s. Kasten Seite 4), in dem erklärt wird: Die EGKS macht wegen potenzieller Gefahren der Mobilfunkstrahlung keine Geschäfte mehr mit den Mobilfunkbetreibern. Die Kirche verlangt von der Stadt Stuttgart, dass eine Regelung für die Aufstellung der Masten gefunden wird, mit der die Belastung minimiert werden kann. Dieses Kommuniqué ist ein Signal für alle Kirchen in Deutschland. Die Bürgerinitiative gratuliert der EGKS zu diesem selbstkritischen Prozess. Die Kirchenvertreter waren erfreut über die fundierte und sachliche Diskussion. Sie ist aber noch nicht beendet. Der Mast in der Bismarckstraße steht noch. Die Kirche hat uns zugesagt, alle rechtlichen Möglichkeiten für eine Kündigung auszuschöpfen. Solange dieser zweite Schritt nicht getan ist, bleiben unsere mahnenden Banner hängen.



Protest hat Wirkung gezeigt. Kirche bezieht jetzt Position gegen Mobilfunkgefahren

Das wollen wir:

Ein Mobilfunk-Vorsorgekonzept: Schutz der Wohnung vor Verstrahlung!

In Stuttgart strahlen z. Zt. 900 Sendeanlagen auf ca. 600 Standorten. Die Durchschnittsbelastung in den oberen Wohnungen wird – so schätzen wir – inzwischen bei nahezu 10 000 $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$ liegen. Alle Betreiber wollen mit ihren Masten vor Ort sein, so ist mittlerweile ein Antennenwildwuchs entstanden. Keiner kontrolliert bis heute die Belastung. Der BUND warnt vor absehbaren kurz- und langfristigen Schädigungen. Zusammen mit dem BUND fordern wir den Schutz vor Mobilfunkstrahlung: In Räumen, in denen man sich länger aufhält, darf die Belastung nicht mehr als 1 $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$ sein. Dieser Richtwert des BUND muss Grundlage einer Netzplanung werden.

Einladung zur

Informationsveranstaltung

Wie kann ich mich vor der
Elektrosmog-Belastung schützen?

Freitag, 12. November 19.30 Uhr,
Bürgerzentrum-West, Schwab-/Bebelstraße

Die Elektrosmogquellen im Haus – wie sie
mit wenig Aufwand vermieden werden.

Dipl. Ing. Jörn Gutbier, Umweltanalytiker,
Baubiologie, Gemeinderat der GRÜNEN in Herrenberg

Warum Elektrosmog schädlich ist – und wie
man mit Ernährung dagegen steuern kann.

Nathalie Nikola, Heilpraktikerin



Telekom reagiert auf die Proteste

Das Verfahren „Rötestraße“ endet mit Vergleich!

Seit zwei Jahren protestieren wir gegen den geplanten Masten in der Rötestraße 34. Der Hausbesitzer in der Rötestraße 34, Herr Stöckle, wollte vor Gericht durchsetzen, dass der Mast nicht gebaut wird, nachdem ihm klar wurde, welche Gefährdung für seine Nachbarn davon ausgeht. Deshalb kündigte er den Vertrag. Das war mutig. Die Telekom blieb stur, sie sehe keinen Grund, nicht zu bauen. Uns war klar, dass juristisch nur eine geringe Chance besteht. Beim Gütertermin vor Gericht kam ein Vergleich heraus. Die Telekom-Vertreter waren zu einem Vergleich bereit, um die Situation „zu befrieden“. Der Vergleich: Die Laufzeit des Vertrages wird um 7 Jahre auf 13 Jahre (ab 2008) verkürzt, statt 9 werden nur 3 Antennenmodule gebaut. Wir wollten noch durchsetzen, dass nicht auf die neue LTE-Technologie umgerüstet werden kann. Das wurde abgelehnt. H. Stöckle sah sich nicht in der Lage, einen teuren Prozess, den er zu 80% verlieren kann, zu führen. Er hat jetzt schon tausende Euro Rechtsanwaltskosten bezahlt. Dass es überhaupt zu einem Vergleich kam, ist auf den Protest der Nachbarn zurückzuführen. Aber: Dieser Vergleich gibt den Weg frei zur weiteren Verstrahlung. Dies macht klar: die Chance, solche Masten juristisch zu verhindern, ist gering. Der politische Druck ist entscheidend. Gegen den Antennenwildwuchs brauchen wir eine Netzplanung, die die Strahlenbelastung minimiert. Das fordern wir von der Stadt Stuttgart. Wir behalten uns weitere Aktionen gegen den Bau des Mastens vor. Mit einer Gesundheitsgefährdung kann man sich nicht abfinden.

Messaktion der Bürgerinitiative um die Rötestraße herum

In der Rötestraße droht weiter der Aufbau eines Mobilfunkmastes. 24 Anwohner beteiligten sich an der kostenlosen Messaktion der Bürgerinitiative. Vielen Dank dafür. Die Messungen dokumentieren die Strahlenbelastung, bevor die Wohnungen von einem Masten direkt bestrahlt werden. Es ergaben sich Werte, die für eine Großstadt noch relativ niedrig sind. In den ersten beiden Stockwerken liegt die Strahlenbelastung meist unter 10 $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$, in den oberen Stockwerken bis zu 360 $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$. Aus den Vergleichsmessungen in der Bebelstraße wissen wir: Nach Inbetriebnahme werden sich diese Werte um das Hundertfache erhöhen.

Auf diesen Internetseiten können Sie sich weiter informieren:

www.der-mast-muss-weg.de: die Homepage unserer Bürgerinitiative:
www.diagnose-funk.de: das führende deutschsprachige Informationsportal
www.mobilfunkstudien.de: Forschungs-Datenbank und Fachartikel
www.kinder-und-handys.de: Für Erzieher und Eltern
www.kompetenzinitiative.net: Industrieunabhängige Wissenschaftlervereinigung

Im Rathaus mit Bürgermeister Hahn

Mobilfunkvorsorgekonzept: Er täte gern, aber er könne nicht!

Am 29.06.2010 trafen sich Vertreter von vier Stuttgarter Mobilfunkbürgerinitiativen mit Bürgermeister Hahn. Anwesend waren auch Dr. Zeller vom Gesundheitsamt, die Stadträte Dr. Blind (SPD), Gabriele Nagl (GRÜNE), Dr. Stübl (FDP). Darum ging es in unserem Gespräch: Wir forderten ein Mobilfunkvorsorgekonzept, um die Strahlenbelastung für die Bevölkerung zu minimieren. Wir dokumentierten anhand einer Karte die hohe Strahlenbelastung in Stuttgart – West. *Wir fragten: Warum wird dieser Gesundheitsgefährdung tatenlos zugeschaut? Warum werden die entsprechenden Aufforderungen des Europaparlaments in der Politik nicht beachtet?*

Bürgermeister Hahn erklärte: Auch wenn er nicht an eine Gesundheitsgefährdung glaube, müsse aus Vorsorgegründen eigentlich gehandelt werden. Doch dafür gebe es leider keine Rechtsgrundlage. Auch müsste für ein Mobilfunkvorsorgekonzept Personal eingestellt werden, dafür sei kein Geld da. Und weiter: In einer Kleinstadt sei ein Konzept möglich, nicht in einer Großstadt. Fazit: Er täte vielleicht gern, aber er könne halt nicht. Die hohe Strahlenbelastung könne wegen fehlender Rechtsgrundlagen nicht beseitigt werden. Gewundert hat uns, dass der Vertreter des Gesundheitsamtes geschwiegen hat.

Wir meinen: Für die Bürger ist es kein Rechtsproblem, sondern ein Gesundheitsproblem. Unser Fazit: Die Aufklärung und der Widerstand müssen weitergehen.

Bezirksbeirat Mitte:

Am 13.09.2010 behandelte der Bezirksbeirat Mitte auf Antrag der Fraktion SÖS/Linke die Mobilfunkfrage. Ein Fortschritt: Die Stadtverwaltung nimmt das Thema jetzt so ernst, dass Bürgermeister Hahn persönlich auf die Sitzung kam. Peter Hensinger von der Bürgerinitiative hielt ein Einführungsreferat, anschließend erläuterte Bürgermeister Hahn den Standpunkt der Stadt. Die Fraktionen einigten sich nach einer ausführlichen Diskussion, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren und ihn bald zu behandeln.

Vormerken! Veranstaltung im Hospitalhof:

Dr. H. P. Neitzke (ECOLOG^Institut) hält einen Vortrag über den Stand der Mobilfunk-Forschung

Montag, 22. November, Beginn vorauss. 20:00 Uhr, Hospitalhof, Büchsenstraße 33, 70174 Stuttgart-Mitte

Für diejenigen, die sich tiefergehend informieren wollen, empfehlen wir die Broschüre:

Zellen im Strahlenstress. Warum Mobilfunkstrahlung krank macht. Eckpunkte internationaler Mobilfunkforschung. Preis: 6,00 Euro

bestellung@der-mast-muss-weg.de



Neue Bibliothek ein HotSpot

WLAN-Vernetzung in der neuen Bibliothek



In einem Brief an die Leiterin der neuen Stadtbibliothek kritisiert unsere Bürgerinitiative, dass die ganze Bibliothek zu einem WLAN-HotSpot gemacht wird, damit man überall mit seinem Laptop im Internet surfen kann. Elektrosensible Personen werden die neue Bibliothek nicht nutzen können. In der Pariser Nationalbibliothek wurde die WLAN-Befeldung wieder rückgängig gemacht, weil besonders das Personal über Befindlichkeitsstörungen klagte. Nicht ohne Grund empfehlen das Bundesamt für Strahlenschutz, die Bundesregierung und der Bayrische Landtag, auf WLAN zu verzichten, wenn man verkabeln kann. Wir bekamen von Frau Bussmann eine Standard-Antwort: WLAN sei ein notwendiger Fortschritt. Auf die Warnungen vor Gesundheitsgefährdungen wird mit keinem Wort eingegangen.

**Brief an das Gesundheitsamt Stuttgart,
Bürgermeisterin Fezer und das Oberschulamt:**

Wir fordern eine Handy-Erziehung an den Stuttgarter Schulen

Handys gefährden die Fruchtbarkeit

Es gibt viele Probleme mit dem Handy: Verschuldung, Gewaltvideos, Ablenkung vom Unterricht und das Gesundheitsproblem. Über ein in der Forschung unumstrittenes Thema muss endlich aufgeklärt werden: „Das Handy in der Hosentasche oder SMS unter der Schulbank versenden, könnte die Fruchtbarkeit beeinträchtigen und sollte daher unterlassen werden“, so warnt die Österr. Ärztekammer. Fünfzehn Studien bestätigen inzwischen: Handystrahlung kann zur Unfruchtbarkeit führen. Ein alltäglicher Anblick: In der Bahn sitzt ein Jugendlicher gegenüber, es klingelt, er

greift in die Hosentasche, holt sein Handy heraus und telefoniert. Oder: das Handy bleibt in der Hosentasche, mit einem Headset ist das Ohr verkabelt. In beiden Fällen wird der Beckenbereich einer enormen Strahlenbelastung ausgesetzt, an einem der sensibelsten Bereiche, den Hoden. Beim Rufaufbau des Handys kann das Becken mit einer Stärke von mehr als 10 000 000 $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$ bestrahlt sein. Aber auch wenn das Handy ausgeschaltet ist, wirken elektromagnetische Felder.

Eine zweite Gefahrenquelle ist das Surfen mit dem Laptop auf dem Schoß, über eine WLAN-Karte mit dem Netz verbunden. Messungen ergaben eine Dauerbelastung von mehr als 25 000 $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$. Diese Werte sind enorm hoch, der BUND fordert einen Schutzstandard von 100 $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$.

Auf unsere Briefe erhielten wir diese Antworten: Gesundheitsamt: zuständig ist das Oberschulamt. Oberschulamt: zuständig ist das Kultusministerium. Jetzt wollen wir es da auch nochmal versuchen!

Doris Hensinger, Lehrerin, Bezirksbeirätin S-West (SÖS)

WLAN an Stuttgarter Schulen?

Was wünschen sich Eltern am meisten? Natürlich, dass sich ihr Kind in der Schule wohlfühlt und mitkommt, gute Leistungen bringt, sich konzentrieren kann und gesund ist. In den letzten zehn Jahren mussten wir LehrerInnen beobachten, wie immer mehr Kinder unter Kopfweg und Migräne leiden und ADHS sprunghaft angestiegen ist. Das hat auch die Jugendgesundheitsstudie der Stadt Stuttgart bestätigt. Kann das mit Handys, Computerspielen oder WLAN zusammenhängen? Ein zeitlicher Zusammenhang liegt auf der Hand. Dass dies naheliegt, zeigt ein Artikel von Klaus Scheler, Physikkozent an der PH-Heidelberg. Er behandelt die Frage, ob man die PCs in den Schulen alle mit WLAN vernetzen oder verkabeln soll. Vielleicht wird dies auch an der Schule Ihres Kindes zur Zeit diskutiert. Dr. Scheler warnt: Schülern (und auch Lehrern!) werden durch WLAN-Netze erhebliche gesundheitliche Risiken zugemutet, die oft schon nach kurzer Zeit ihre Konzentrations- und Leistungsfähigkeit deutlich herabsetzen, was erhebliche Auswirkungen auf ihre Noten, ihre Berufswahl und letztlich ihre weitere Laufbahn haben kann. Bei dauerhafter Bestrahlung kann im Laufe der Zeit die Gesundheit der Schüler nachhaltig beeinträchtigt werden. Was Scheler ausführt, gilt natürlich auch für den Hausgebrauch: Die Elektromogquelle WLAN sollte durch die Verkabelung ersetzt werden. Ich empfehle Ihnen den Artikel von Dr. Klaus Scheler. Der Artikel kann heruntergeladen werden auf:

<http://www.der-mast-muss-weg.de/index06.htm>.

Geben Sie den Artikel an LehrerInnen und SchulleiterInnen weiter und bitten Sie um eine Stellungnahme dazu.





Gemeinsames Kommuniqué

von Vertretern der Evangelischen Gesamtkirchengemeinde Stuttgart

vertreten durch Stadtdekan Hans-Peter Ehrlich, Kirchenpfleger Hermann Beck und Pfarrer Siegfried Finkbeiner – und der Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart-West.

Vom Gesamtkirchengemeinderat am 10. Juli 2010 zur Kenntnis genommen.

Vertreter der Gesamtkirchengemeinde und der Mobilfunkinitiative haben sich nach bisher drei Gesprächen unter der Moderation der Evangelischen Akademie Bad Boll auf nachstehendes Kommuniqué geeinigt.

Auslöser der Gespräche zwischen der Gesamtkirchengemeinde und der Bürgerinitiative West und somit auch dieses gemeinsamen Kommuniqués ist die Errichtung eines Sendemastes in Stuttgart-West auf einem Wohngebäude der Gesamtkirchengemeinde in einer dicht besiedelten Wohngegend in der Bismarckstraße in unmittelbarer Nachbarschaft zur Pauluskirche und in der Nähe von Kindergärten. Aus Sorge um gesundheitliche Beeinträchtigungen haben sich die Anwohnerinnen und Anwohner zur Bürgerinitiative West zusammengeschlossen, um auf die Gesamtkirchengemeinde in ihrer Eigenschaft als Vermieterin zuzugehen und die Stilllegung des Funkmastes zu erreichen.

Bereits 2005 versuchte die Gesamtkirchengemeinde ohne Erfolg, aus dem im Jahre 2000 geschlossenen und auf 20 Jahre angelegten Vertrag mit Vodafone/O₂ auszusteigen. Momentan wird eine erneute juristische Prüfung des Vertrages vorgenommen, um einen Ausstieg aus dem Vertrag zu erreichen. Der Wille für den erneuten Vorstoß ist begründet in der Verantwortung der Kirche für die Gesundheit der betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie in dem Anliegen von Vorsorge und Risikominimierung. Bestärkt werden die Akteure durch eine Vielzahl von auch offiziellen Verlautbarungen wie:

- Eine Stellungnahme der Landesärztekammer Baden-Württemberg vom 16.12.2009 besagt, dass „über die Langzeitgefahren [...] von Mobilfunktelefonen noch wenig bekannt ist“ und man somit vorsichtig mit dem Gebrauch von Handys sein sollte.¹
- Bereits 2001 sagte Wolfram König, der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, in einem Interview in der Berliner Zeitung, dass eine Errichtung von Sendemasten in der näheren Umgebung von Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern Tabu sein sollte². Dieser Auffassung schloss sich das Europäische Parlament im April 2009 an.³
- 2001 wurde außerdem eine Studie der Wissenschaftskommission des europäischen Parlaments veröffentlicht, in der es heißt: „Es besteht die Wahr-

scheinlichkeit, dass diese Technologie [gemeint sind Funkwellen, d.V.] eine gefürchtete Krankheit wie Krebs verursachen kann.“ Alarmiert durch die Ergebnisse des Bioinitiative Report bestätigte die Europäische Umweltagentur in zwei Warnungen (20 084, 20095) diese Befürchtung. Daraufhin forderte das Europäische Parlament in zwei Beschlüssen⁶ Vorsorgemaßnahmen.

- Der Abschlussbericht des Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramms⁷ von 2008 lässt offen, ob eine Langzeitwirkung über einen Zeithorizont von 10 Jahren hinaus existiert oder nicht. Im Bericht an den Bundestag (2008) weist die Strahlenschutzkommission darauf hin, dass Fragen „der Exposition von Föten und Kindern sowie potenzieller Auswirkungen auf Kognition, Befindlichkeit und Schlaf offen sind.“⁸
- Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland warnt, dass „kurz und langfristige Schädigungen absehbar sind“, „die sich vor allem in der nächsten Generation manifestieren, falls nicht politisch verantwortlich und unverzüglich gehandelt wird.“ Er fordert ihn seinem Positionspapier den Umstieg auf zukunftsfähige Funktechnologien.⁹

Mit der konkreten Problemlösung in der Bismarckstraße verbunden ist das Interesse, auf die Gefahren des Mobilfunks für Mensch und Natur hinzuweisen und die Stadt Stuttgart zu bitten, eine nachhaltige, Gefahren minimierende Netzstruktur für den Mobilfunk zu entwickeln, wie es bereits von einigen Bezirksbeiräten gefordert wird. Über den konkreten Fall „Bismarckstraße“ hinaus ist es Gesamtanliegen der Unterzeichner, einen kritischen Diskurs über die Gefahren elektromagnetischer Strahlung anzustoßen und die Entwicklung einer zukunftsfähigen Kommunikationskultur zu fördern, von der – unter ganzheitlichem Blickwinkel – keine Gefährdung für Mensch und Umwelt ausgeht.

Wir freuen uns über Ihre Mitarbeit, wir freuen uns über Ihre Spende

Verein zum Schutz der Bevölkerung vor Elektromog e.V.
Bismarckstraße 63 · 70197 Stuttgart

Spendenkonto:

Stuttgarter Volksbank · KTO 214 746 003 · BLZ 600 901 00

Impressum:

Bürgerinitiative gegen den Mobilfunkmasten Bismarckstraße 57
Bismarckstraße 63 · 70197 Stuttgart · info@der-mast-muss-weg.de
www.der-mast-muss-weg.de